

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Brann in Freiberg.

N^o 48.

Erscheint jeden Hochtag Abends 7^{1/2} Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

37. Jahrgang.

Freitag, den 27. Februar.

Abgeraten werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Seite oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Nachbestellungen

auf den Monat

März

werden zum Preise von 75 Pfennigen von allen kaiserlichen Postanstalten sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Expedition des Freiburger Anzeiger.

Die englischen Tadelanträge.

Seit acht Tagen sieht sich das Ministerium Gladstone gezwungen, über das Mißgeschick im Sudan im britischen Parlament Rechenschaft abzulegen und die Vorwürfe der Opposition über sich ergehen zu lassen. Die gegen das Kabinet seit der Wiedereröffnung des Parlaments gerichteten Angriffe dürften das jetzige System kaum ernstlich erschüttern, wohl aber den greifen Minister Gladstone so regierungsmüde machen, daß er den lange mit großer Zähigkeit behaupteten Platz jüngeren Kräften seiner eigenen Partei räumt. Gleich bei dem Zusammentritt des Parlaments empfing man den Eindruck, daß der früher so zungenfertige britische Staatsmann nicht mehr derselbe Mann sei, dessen Redegebe so unzählige Male Stürme des Beifalls im Unterhause entfesselte. Bei seinem Eintritt von den Liberalen mit Jubelrufen empfangen, sah der britische Premierminister nach seiner ersten Rede am 19. Februar ringsum den Ausdruck der Enttäuschung auf allen Mienen, weil er es vermied, den von allen englischen Patrioten betrauten Märtyrer von Khartum, dem heldenmüthigen General Gordon, einen schwungvollen Nachruf zu halten. Die ganze Darlegung der Lage mißlang dem sonst so gewandten Staatsmann, weil es ihm an Sicherheit mangelte und allzugesährlich schien, unter den jetzigen Umständen auf seine frühere Ansicht zurückzukommen, daß man den Sudan sich selbst überlassen müsse. Schon der Satz, daß Egypten den Sudan aufgeben solle und wolle, rief eine so stürmische Opposition hervor, daß es der Minister vorzog, diese Erklärung wieder abzuschwächen. Das Eingeständniß Gladstone's, daß der von der Mehrheit des britischen Volkes verlangte Nachfeldzug gegen Khartum wahrscheinlich bis zum nächsten Herbst verschoben werden müsse, rief selbst in den Reihen der Regierungspartei heftige Aufregung hervor, da ein so langer Aufschub das Ansehen des Mahdi bei den noch zweifelhaften Stämmen entschieden wesentlich steigern und seine Befestigung noch weit mehr erschweren würde.

Wären die parlamentarischen Gegner Gladstone's befähigt, so könnten sie jetzt dessen staatsmännische Talente auf eine gefährliche Probe stellen. Das eigene Bewußtsein, in der auswärtigen Politik verhängnißvolle Fehler gemacht zu haben, drückt offenbar den alten leitenden Staatsmann Englands weit mehr nieder, als alle Vorwürfe seiner politischen Gegner. Sir Northcote, der Führer der konservativen Opposition im Unterhause, vermißte es sogar, ein eigentliches Tadelsvotum zu beantragen, sondern begnügte sich am Montag mit dem Ausdruck eines bloßen Mißvergügens. Ebensovienig konsequent erschien der gleichzeitig eingebrachte Tadelantrag des Unterhausmitgliedes Morley, welcher es zwar ablehnte, ein Verdammungsurtheil über die Politik Gladstone's auszusprechen, aber dem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß die Regierung englische Truppen zur Niederwerfung der Macht des Mahdi verwenden wolle. Die „Times“ sagt mit Recht, daß die Aeußerungen der beiden Gegner der Regierung in der Montagsitzung des britischen Unterhauses der Bedeutung der in Rede stehenden Fragen keineswegs entsprächen und höchlichst enttäuschend gewirkt hätten. Northcote's Angriff sei schwach und Morley's Verlangen unlogisch gewesen, freilich habe aber auch Gladstone's Antwort gezeigt, daß auch er diesmal die Situation nicht recht erfaßte. Das konservative Organ „Standard“ nennt Gladstone's Rede ein Wunder von Schwäche und meint, dieser Staatsmann sei noch immer so eigensinnig und unbußfertig wie jemals. Der Premierminister betonte, daß England sein Versprechen, dem General Gordon Entschädigung zu bringen, gehalten habe und daß nur durch Verrath die vollständige Erfüllung des Versprechens verhindert worden sei. Eine englische christliche Regierung in dem mohammedanischen Sudan einzurichten, wie dies die Opposition verlange, halte

er für unmöglich, da dies nur fortwährende Kämpfe zur Folge haben würde. Als ebenso unausführbar stellte Gladstone das Verlangen Morley's dar, da die englische Regierung keine bindenden Verpflichtungen eingehen könne. Um die Aufmerksamkeit von dem speziellen Mißerfolge im Sudan abzulenken, betonte der englische Premierminister die angeblich befriedigende Reformarbeit in Egypten selbst und das gute Einvernehmen mit Frankreich in der ägyptischen Finanzfrage. Den Vorwurf des „zu spät“ mit Hinblick auf den Wolseley'schen Feldzug vermochte Gladstone auch diesmal nicht zu entkräften und scheint deshalb seine zweite Rede ebenso enttäuschend als die erste gewirkt zu haben.

Die „Times“ meint wenigstens, Gladstone könne sich, auch wenn die jetzigen Angriffe der Opposition erfolglos bleiben sollten, doch nur dann halten, wenn er aus dem bisherigen rein theoretischen Bannkreise heraustrete und sich entschliesse, wieder Fühlung mit der öffentlichen Meinung Englands zu nehmen. Der ebenfalls liberale „Observer“ erklärt, Gladstone habe sich bereits unmöglich gemacht und sei sein Bleiben im Amte mit der Würde Englands gegenüber dem Auslande nicht länger vereinbar. Er müsse einen Sitz im Oberhause erhalten; dort könne er in Zurückgezogenheit einem neuen liberalen Kabinet angehören, ihm in inneren Fragen den Nimbus seines Namens leihen, in der auswärtigen Politik aber müsse er einem anderen liberalen Führer Platz machen. Welchem, darüber schweigt das Blatt. In der konservativen englischen Presse findet man dagegen das eigenthümliche Zugeständniß der Unfähigkeit, an die Stelle des jetzigen liberalen Kabinet's ein regierungsfähiges konservatives Ministerium zu setzen. Aus diesem Grunde widerräth wenigstens die „Morning Post“, die Angriffe gegen die Regierung weiter zu treiben, weil es das ganze parlamentarische System in England schädigen würde, wenn das Ministerium Gladstone zurückträte und die Opposition öffentlich bekennen müßte, keinen Ersatz für dasselbe bieten zu können.

Dieses Bedenken scheint der fühne Führer der Konservativen im britischen Oberhause, der Marquis v. Salisbury, nicht zu theilen, da er an diesem Donnerstag eine Resolution beantragen will, in welcher ausgesprochen wird, „die Kammer sei der Ansicht, daß der beklagenswerthe Mißerfolg, durch welchen die Expedition im Sudan den erwünschten Zweck verfehlt habe, der Unentschiedenheit der Regierung und der bedauerlichen Verzögerung im Anfange der Operationen beizumessen sei, und ferner, daß eine Politik, welche den ganzen Sudan nach Beendigung der militärischen Operationen aufgeben wolle, gefährlich für Egypten und unverträglich mit den Interessen des Reiches sein würde.“ Ein solcher Antrag kann füglich nicht mehr den früheren Zweck haben, das Ministerium auf den rechten Weg zu bringen und ihm dann in patriotischer Weise zu Hilfe zu kommen, sondern den, das Kabinet Gladstone zu stützen und die Zügel der Regierung selbst zu übernehmen. Mit Rücksicht auf den schlimmen Stand der auswärtigen Angelegenheiten würde die Mehrheit der englischen Nation dem Marquis Salisbury schon eher als dem Minister Gladstone die Fähigkeit zutrauen, sich mit den mitteleuropäischen Mächten zu verständigen und dadurch die schlimme Isolirung der englischen Politik zu beseitigen. So wünschenswerth es aber erscheint, daß England das eingebüßte Ansehen im Auslande wiedergewinne, welches zu einer erfolgreichen Führung der auswärtigen Angelegenheiten erforderlich ist, traut man doch weder dem Marquis Salisbury noch Sir Northcote Fähigkeit und Neigung zu, dem fast noch dringenderen Bedürfniß nach inneren Reformen zu genügen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in England sind sehr traurig, die Landwirtschaft sieht dahin, die Industrie sieht sich genöthigt, die Arbeitslöhne beträchtlich herabzusetzen, die Arbeitslosigkeit nimmt zu und große innere Fragen drängen sich mehr und mehr in den Vordergrund. Da es keinem Zweifel unterliegt, daß nur die Liberalen zu ihrer Lösung berufen sein können und gerade Gladstone nach dieser Richtung hin bedeutende Fähigkeiten bewiesen hat, so mag dieser Umstand und die noch von der letzten konservativen die meisten Liberalen veranlassen, sich trotz des Mißgeschicks im Sudan nochmals um Gladstone zusammenzuscharen. Von allen Mitgliedern der liberalen Partei ist dies jedoch nicht mehr zu erwarten. Am Dienstag erklärte bei der Weiterberathung des Northcote'schen Tadelantrags der Deputirte Goschen im Namen der sogenannten imperialistischen Liberalen: er könne die Verwendung englischer Truppen zur Niederwerfung der Macht

des Mahdi nur dann unterstützen, wenn die Regierung Khartum seiner Zeit nicht wieder räumen lasse, ohne für die Stämme, die England Beistand geleistet hätten, Sicherheit geschafft zu haben. Ebenso wünsche er die Befestigung von Verber und werde, wenn die Regierung dieselbe nicht zusage, für den Antrag Northcote's stimmen. Man muß nun abwarten, was Gladstone hierauf zu erwidern wissen wird. Goschen's Drängen auf eine rückhaltslose Erklärung kann ihm sehr gefährlich werden. Wenn aber auch der Sturm auf das Kabinet noch-mals abgeschlagen wird, kann dies immer für die Liberalen nur ein Pyrrhus'scher Sieg sein, wenn nicht eine jüngere Kraft berufen wird, an Stelle Lord Granvilles das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen und zwar mit Vollmachten, welche Gladstone's unpraktische Einmischung für die Zukunft vollständig ausschließen, wenn dieser es nicht vorzieht, sich gänzlich in's Oberhaus zurückzuziehen. Wie sich die Sachen bis jetzt anlassen, würde als Nachfolger Gladstone's in erster Reihe Goschen als Chef eines neuen liberalen Kabinet's, in zweiter Salisbury als Haupt eines Toryministeriums in Frage kommen.

Tageschau.

Freiberg, den 26. Februar.

Für die junge deutsche Kolonialpolitik ist die jetzige unruhige Stimmung unter den Eingeborenen Westafrikas von erstem Interesse, wenn auch die Mißstimmung der Neger sich zunächst gegen die Engländer wendet. Ueber den bereits gemeldeten Aufstand in Quittah entnimmt die „Kreuzzeitung“ einem ihr soeben zugegangenen Privatbriefe Folgendes: „An Bord der „Accra“, 29. Januar 1885. Mit der „Alla Wörmann“ schnell die Nachricht, daß hier vor dem Fort Quittah, Goldküste, ein Aufstand eingeborener Häuptlinge stattgefunden hat. Die Engländer wurden zurückgedrängt. Sie hatten nur Haussatruppen. Kapitän Campbell wurde von 5 Schüssen schwer verwundet. Für heute haben die Engländer angekündigt, daß sie zwei Dörfer dem Erdboden gleichmachen würden, falls die Aufständischen nicht ihre beiden Anführer auslieferten und 1000 Pfund Sterling Strafe zahlten, wovon ein Viertel sofort anzuzahlen sei. Die Engländer haben bemannte Boote auf die Lagune gebracht und scheinen vollständig in der Uebermacht zu sein, zwei Kriegsschiffe sind bereits da und ein Aviso-Dampfer begegnete uns gestern morgen, der nach Cape Coast Castle geht, um Truppenverstärkungen zu holen.“ Es liegt nahe, daß derartige Unruhen nicht nur das Kolonialgeschäft, an welchem der deutsche Handel lebhaft theilhaftig ist, schwer beeinträchtigen, sondern auch die Stimmung in den benachbarten Anstellungen verschlechtern. Bis jetzt scheint aber in dem deutschen Kamerun-Gebiete seit der Niederlage des Aufstandes durch die Mannschaften der Schiffe „Bismarck“ und „Olga“ Alles ruhig geblieben zu sein. Dafür spricht die gestrige Notiz des „Reichs- und Staats-Anzeigers“: „Nach den bei der Admiralität eingegangenen, bis zum 19. Januar reichenden Meldungen des Chefs des westafrikanischen Geschwaders war der Gesundheitszustand der Schiffsbesatzungen ein befriedigender, der Zustand der in den Gefechten bei Kamerun im Dezember v. J. Verwundeten durchweg ein guter.“

Unser Kaiser konfirirte gestern Nachmittag mit dem deutschen Reichskanzler. — Als Nachfolger des verstorbenen sächsischen Gesandten, des Geh. Rath's v. Rostig-Wallwitz, nennt die „Nat.-Ztg.“ den Grafen Wilhelm Hohenthal.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde gestern die Berathung des Kultusetats noch immer fortgesetzt. Bei dem Titel „Bisthum Köln“ sagte der ultramontane Abg. Wiesenbach unter wiederholten Beifallsbezeugungen des Zentrums: „Seit neun Jahren befindet sich unser Erzbischof in der Verbannung, seit dieser Zeit entbehrt unsere Diözese einer geordneten Seelsorge. Im Rechtsstaate Preußen, im Lande der Gewissensfreiheit, wurden unsere Bischöfe abgesetzt, nicht wegen eines strafwürdigen Vergehens, sondern weil sie aus Gewissenspflicht nicht anders handeln konnten, als sie handelten. Was Fall niedergefallen, die Herren v. Puttkamer und v. Gohler haben es noch nicht aufbauen können. Die kirchenpolitischen Novellen haben nur Halbheiten gebracht, sie tragen nur einen dilatorischen Charakter. Schöne Worte imponiren uns nicht! Wir protestiren dagegen, daß unsere vitalsten Interessen zu Kaufobjekten für Steuern und Zölle herabgewürdigt werden. Schlagen Sie doch endlich den Weg des sicheren Friedens ein, damit auch für uns das Wort erschalle: ich will Frieden haben mit Meinem Volk. Geben Sie uns unseren hochwürdigsten Herrn Erzbischof Dr. Paulus Welchers wieder, damit wir endlich die Streitigt begraben können in diesem aufreibenden und nutzlosen Streite! Der